

Rechtsfragen der Rohstoffversorgung Zur Rohstoffstrategie der Bundesregierung und zur EU Rohstoffinitiative

Edmund Brandt

Institut für Rechtswissenschaften, TU Braunschweig, Braunschweig

Zusammenfassung. Die (rechts-)politische Beschäftigung mit Fragen der Rohstoffversorgung ist in Bewegung gekommen. Dazu tragen ganz wesentlich die Rohstoffstrategie der Bundesregierung und die EU Rohstoffinitiative bei. Darin werden die übergreifenden Zielsetzungen – in Europa und speziell in der Bundesrepublik Deutschland den Übergang zu einer ressourceneffizienteren Wirtschaft und zu einer nachhaltigen Entwicklung auf den Weg zu bringen – klar hervorgehoben. Viel weniger deutlich ist den Dokumenten zu entnehmen, mit Hilfe welcher Instrumente diese Ziele erreicht werden sollen. Das prinzipiell zur Verfügung stehende Instrumentenset ist weit gefächert und reicht von einer Verbesserung der Informationsgrundlagen über ökonomische bis hin zu ordnungsrechtlichen Instrumenten. Ob angesichts des gegenwärtigen Diskussionsstandes zeitnah ein in sich geschlossenes Rohstoffgesetz geschaffen werden kann, erscheint zweifelhaft. Gerade deshalb sollten ohnehin anstehende Rechtsetzungsakte wie die bis Herbst 2010 erforderliche Anpassung des deutschen Entsorgungsrechts zur Umsetzung der EG-Abfallrahmenrichtlinie benutzt werden, Bausteine eines Rechts der Rohstoffversorgung zu schaffen.